



VLW und VLBS im Gespräch mit der Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot

Am 29.01.2021 fand eine Videokonferenz zwischen Vertretern des VLW, des VLBS und der Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot statt. In dem zweistündigen Termin wurden folgende Themen besprochen:

- Gesundheitsschutz der Lehrkräfte während der Covid-19-Pandemie
- Entlastung der Lehrkräfte
- Digitalisierung an den Beruflichen Schulen
- Dienstvereinbarung für Lehrkräfte in Teilzeit
- Überarbeitung der AO-BS
- Stärkung der Beruflichen Oberstufengymnasien und der Fachoberschulen
- Jobrad für Lehrkräfte

Im Bereich des **Gesundheitsschutzes** haben die Verbände aufgrund der Tatsache, dass zurzeit mehr als 2.500 Schülerinnen und Schüler an den Beruflichen Schulen im Präsenzunterricht beschult werden, für die dort eingesetzten Lehrkräfte einen besonders hohen Gesundheitsschutz gefordert. Demnach halten wir es für sinnvoll, dass für die Schülerschaft und die Lehrkräfte die Möglichkeit geschaffen wird, sich in den Schulen durch fachlich qualifiziertes Personal mittels eines Schnelltests testen zu lassen. Zudem muss sofort der schulische Bestand an hochwertigen FFP2-Masken erhöht werden. Darüber hinaus haben sich die Vertreter von VLW und VLBS dafür eingesetzt, dass den Kolleginnen und Kollegen möglichst früh ein Impfangebot unterbreitet wird. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass sich die baden-württembergische Kultusministerin Susanne Eisenmann bereits dafür ausgesprochen hat, Lehrer und Erzieher früher impfen zu lassen.

Zum Tagesordnungspunkt **Entlastung der Lehrkräfte** wurde gegenüber der Ministerin argumentiert, dass neben der eigentlichen Unterrichtstätigkeit der Verwaltungsaufwand, die Dokumentationen und sonstige außerunterrichtlichen Aufgaben enorm zugenommen haben. Auch die Reformierung des Übergangsbereiches hat viele Neuerungen und eine deutliche Mehrbelastung zur Folge gehabt. Ebenso wird das Unterrichten als solches zunehmend schwieriger. Gerade an den Beruflichen Schulen hat die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler sehr stark zugenommen. Darüber hinaus ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit sozial-emotionalem Förderbedarf und/oder mit Sprachproblemen stark angestiegen. Daraus ergibt sich eine deutlich höhere Belastung durch zusätzliche Fördergespräche,



Teamsitzungen und Klassenkonferenzen. Diese zunehmenden Mehrbelastungen müssen durch entsprechende Entlastungen ausgeglichen werden.

Zur **Digitalisierung an den Beruflichen Schulen** haben die Verbände gefordert, die Lehrkräfte schnellstmöglich und kostenfrei mit digitalen Endgeräten zur dienstlichen Nutzung auszustatten. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass diese Geräte für einen multimedialen Einsatz im Unterricht geeignet sein müssen und den verschiedenen Bedürfnissen der Lehrkräfte gerecht werden müssen. Zudem erachten die Verbände es als wichtig, die Lehrkräfte bei der Entscheidung, welches Betriebssystem die Geräte nutzen, mit einzubeziehen. Auch wurde in diesem Zusammenhang ein reaktionsschneller externer Support für die Dienstgeräte gefordert und nochmals darauf hingewiesen, dass die Beruflichen Schulen einen IT-Assistenten an den Schulen benötigen, der sich um die bereits vorhandene IT-Infrastruktur und Labortechnik kümmert. Abschließend wurde zu diesem Thema seitens der Verbände an die Ministerin der dringende Appell gerichtet, alle Beruflichen Schulen schnellstmöglich mit Breitbandanschlüssen und leistungsstarken W-Lan-Netzen auszustatten, damit der Einsatz von digitalen Endgeräten in der Schule überhaupt gewährleistet werden kann.

Im nächsten Tagesordnungspunkt haben die Vertreter der Verbände sich bei der Ministerin dafür eingesetzt, dass zwischen den Hauptpersonalräten und dem Bildungsministerium eine Dienstvereinbarung mit **verbindlichen Regelungen für Lehrkräfte in Teilzeit** abgeschlossen wird, da sich an saarländischen Schulen ein erheblicher Teil der Lehrkräfte in Teilzeitbeschäftigung befindet. Nach wie vor herrscht unter diesen Kolleginnen und Kollegen eine gewisse Verunsicherung über ihre dienstlichen Einsatzzeiten. So stellen sich z. B. folgende Fragen: Ab welcher Stundenreduzierung besteht ein Anspruch auf einen bzw. zwei freie Tage? Wie viele Springstunden dürfen in einer Stundenplanung enthalten sein? Wie verhält es sich bei der Übernahme von Klassenführungen? Welche Berücksichtigung muss die Stundenplanung haben im Hinblick auf die Öffnungszeiten der Kitas und Schulen von den eigenen zu betreuenden Kindern? Damit die betroffenen Lehrkräfte an allen Standorten gleiche Bedingungen und Planungssicherheit bekommen, ist es aus Sicht der Verbände notwendig, hier einheitliche Regelungen zu schaffen.

Im weiteren Verlauf wurden die oftmals kaum zu beherrschenden Probleme mit der jeweiligen Schulverwaltungssoftware gegenüber der Ministerin geschildert. Gerade beim Zeugnisdruck führen einige fragwürdige Vorgaben aus der AO-BS zu unnötigem Stress in den Wochen vor der Zeugnisausgabe. Auch die Ermittlung der Lernfelddurchschnittsnote ist nicht nachvollziehbar und führt zu oft fragwürdigen Verzerrungen des eigentlichen Notenbildes. Daher fordern die Verbände eine **Überarbeitung der AO-BS**.



Im vorletzten Tagesordnungspunkt haben sich beide Verbände für **eine Stärkung des Beruflichen Oberstufengymnasiums und der Fachoberschulen** ausgesprochen. Es wurde argumentiert, dass alle wirtschaftsstarken Bundesländer seit Jahren verstärkt auf die Beruflichen Oberstufengymnasien setzen. In Baden-Württemberg erlangten im Jahr 2020 ca. 38 % der Abiturienten ihre Allgemeine Hochschulreife am Beruflichen Oberstufengymnasium. Unter diesen Absolventen ist eine deutlich geringere Quote an Studienabbrechern und Studienwechslern erkennbar. Des Weiteren besitzen diese, bedingt durch die berufliche Vertiefung in den Fachrichtungen Wirtschaft, Informatik, Technik oder Gesundheit und Soziales, auf dem Arbeitsmarkt einen deutlichen Wettbewerbsvorteil, um ein duales Studium oder eine duale Ausbildung aufzunehmen. Zudem haben sich die Verbände dafür eingesetzt, dass diese Schulformen in der Öffentlichkeit stärker beworben werden, damit bei den Schülern und Eltern ein Bewusstsein dafür geschaffen wird, welche guten Möglichkeiten hier geboten werden und welche hervorragende Arbeit an den Beruflichen Oberstufengymnasien und den Fachoberschulen durch die Lehrkräfte geleistet wird.

Im letzten Tagesordnungspunkt befassten sich die Teilnehmer mit dem Thema „**Dienstfahrräder für saarländische Beamte und Angestellte**“. Es wurde argumentiert, dass die Verkehrswende mit alternativen Verkehrskonzepten eine sehr große Herausforderung für die Zukunft darstellt. Um diesen Prozess aktiv mit den saarländischen Beamten zu unterstützen, fordern VLW Saar und VLBS die Einführung von Dienstfahrrädern. Neben dem finanziellen Vorteil aus der Entgeltumwandlung wirkt sich ein Dienstfahrrad sowohl positiv auf die Umwelt, auf das Klima als auch auf die Gesundheit aus. Baden-Württemberg hat dieses Konzept bereits im Oktober 2020 erfolgreich umgesetzt.

Abschließend bedankten sich die Vorsitzenden der Verbände bei der Ministerin für ihre Gesprächsbereitschaft und hoffen, dass die vorgetragenen Forderungen demnächst umgesetzt werden.

Pascal Koch
Vorsitzender VLW
www.vlw-saar.de

Bernd Hauptenthal
Vorsitzender VLBS
www.vlbs-saar.de

Der VLW und VLBS sind Mitglieder im dbb saar und organisieren etwa 1.000 Lehrer und Lehrerinnen im beruflichen Bereich. Dies ist der größte Zusammenschluss aller Lehrkräfte im beruflichen Bereich. Sowohl der VLW als auch der VLBS ist eine spezielle Interessensvertretung für Lehrkräfte an Beruflichen Schulen im Saarland.